Prof. Dr. Wilhelm Haarmann

Rechtsanwalt Wirtschaftsprüfer Steuerberater
Parkstraße 20
61476 Kronberg im Taunus
E-Mail: Wilhelm.Haarmann@gmx.de
Tel: +49-171-5117800

29. April 2020

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

sehr geehrter Herr Bundesminister Scholz,

aufgrund großer Sorge um die Erhaltung vieler Unternehmen und abertausender wenn nicht Millionen von Arbeitsplätzen in der deutschen Wirtschaft erlaube ich mir, Ihnen folgenden Vorschlag dringend ans Herz zu legen:

Unternehmen aller Branchen sind durch die Corona-Krise in Mitleidenschaft gezogen worden, manche von ihnen in existenzbedrohender Form. Die Krise kam für alle Unternehmen unver schuldet. Die Bundesrepublik Deutschland, alle ihre Länder und Kommunen müssen ein großes Interesse haben, dass die betroffenen Unternehmen nach der Krise wieder ihre Rolle in der deutschen, in der europäischen und in der Weltwirtschaft unmittelbar einnehmen können. Andere Länder haben für ihre Wirtschaft bereits die Weichen für ein schnelles Erstar ken gestellt, zum Beispiel die USA mit einer steuerlichen Verlustrücktragsmöglichkeit von 5 Jahren und einer erheblichen Erleichterung der Zinsschranke. Deutschland darf nicht – wie nach der Finanzkrise – geschwächt aus der Krise herauskommen. Wenn es bei den bisher beschlosse nen Maßnahmen der Bundesregierung bleibt, sind ab Herbst 2020 in hohem Maße Insolvenzen, Arbeitsplatzvernichtung sowie ggf. Notverkäufe an ausländische Investoren zu erwarten.

Die bisher für Unternehmen, die einerseits nicht ganz klein und andererseits nicht systemrele vant sind, vorgesehenen staatlichen Maßnahmen sind im Wesentlichen Kredite über die KfW. Diese mögen in verschiedenen Fällen helfen und ausreichend für das Wiedererstar ken sein. In sehr vielen Fällen ist dies aber nicht der Fall. Die durch die Corona Krise eingetretenen Schäden sind teilweise so groß, dass in diesen Fällen allein die Zuführung von Liquidität durch Darlehen nicht ausreicht. Die Zuführung von weiteren Krediten führt letztlich zu einer staatlich angeregten oder zumindest unterstützten Insolvenzverschleppung. Auch die Einführung von Kurzarbeit hilft am Ende diesen Unternehmen und deren Arbeitnehmern nicht. Nach der Insolvenz ist der Arbeitsplatz vernichtet. Um dies zu vermeiden, bedarf es direkter Zuschüsse, die nicht zur Verschuldung führen. Es ist zwar verständlich, dass der Staat aus optischen Haus haltungsgründen lieber die Unternehmen als sich selbst verschuldet. Eigenkapitalbeteiligungen des Staates sind außerhalb systemrelevanter Unternehmen nicht sinnvoll. Notwendig sind di rekte finanzielle Zuschüsse.

Wichtige Wissenschaftler und Kenner des Steuerrechts und der Betriebswirtschaftslehre ha ben sich für eine sog. negative Steuer ausgesprochen (u.a. Prof. Dr. Wolfgang Schön, Max-

Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen, München; Prof. Dr. Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln). Verschiedene Autoren, so auch der Unterzeichner, haben sich für eine Lockerung der Regeln zum Verlustrücktrag und zum Verlustvortrag ausgesprochen, was zu einem Effekt einer negativen Steuer führt. Für eine Einmalzahlung im System von Verlustrücktrag und Verlustvortrag setzt sich der Unterzeichner nach wie vor ein.

Der Vorschlag von Bund und Ländern aus der vergangenen Woche, dass Unternehmen ihre absehbaren Verluste mit den Vorauszahlungen des vergangenen Jahres verrechnen dürfen – bis zu einer Obergrenze von 15 Prozent, wobei die Begrenzung der Verlustrücktragsmöglichkeit auf 1 Mio. Euro (2 Mio. Euro bei Verheirateten) erhalten bleibt, kann man nicht einmal als Versuch ansehen, das Problem ernst zu nehmen.

Ich möchte folgenden konkreten Vorschlag machen:

1. Unternehmen erhalten Finanzmittel in Höhe von 30 % des Verlustes 2020 (und ggf. auch 2021) als Zuschuss vom Staat (Bund und Land entsprechend dem Aufteilungsschlüssel für Einkommen-/Körperschaftsteuer.) Der Prozentsatz von 30 % teilt sich in einen pauschalen Betrag für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag („wenn der bisherige Soli nicht vorher insgesamt aufgehoben wird,) und Gewerbesteuer auf.
2. Dieser Zuschuss setzt sich zusammen in erster Linie aus Steuerrückerstattungen aufgrund eines gesetzgeberisch zu schaffenden fünfjährigen Verlustrücktrags; in zweiter Linie aus den prospektiven Verlustverrechnungen in den nächsten 5 Jahren auf der Basis eines vorsichtigen Geschäftsplans. Die Zahlung wird mit den sich ergebenden Steuerreduktionen aufgrund Verlustvortrags in den Folgejahren verrechnet. Wenn der für 2020 und 2021 geschätzte Verlust geringer ist als der zunächst vorsichtig geschätzte, erfolgt eine Korrektur im Rahmen der Steuereffestsetzungen für 2020 bzw. 2021.
3. Die Auszahlung im Hinblick auf die prospektive Verrechnung der Verluste mit Gewinnen in Folgejahren wird nicht verzinst.
4. Kommt es in den 5 Folgejahren nicht zu einer Verrechnung mit Gewinnen, erfolgt eine Rückzahlung des Zuschusses über 5 weitere Jahre; auf Antrag kann der Staat ggf. unter bestimmten Bedingungen auf die Rückzahlung verzichten oder die Rückzahlung noch weiter strecken. In jedem Fall erfolgt eine Rückzahlung nur im Falle von Gewinnen, um die handelsrechtliche Bilanzierung von Verbindlichkeiten zu vermeiden.
5. Zum Zwecke der Durchführung wird der Verlustrücktrag nicht mehr auf 1 Mio. bzw. bei Verheirateten auf 2 Mio. Euro gedeckelt. Es gibt insofern keine Obergrenze. Der fünfjährige Verlustrücktrag wird auch für die Gewerbesteuer ermöglicht. Für den Verlustvortrag ab 2020 wird die Mindeststeuer aufgehoben.
6. Bei Personengesellschaften kommt der Gewerbesteueranteil des pauschalen 30 % Satzes (z.B. 14 %) für die Mitunternehmerschaft zur Anwendung. Der Einkommensteuer- und Solidaritätszuschlagsanteil findet für die beteiligten Mitunternehmer Berücksichtigung.
7. Um Inhabern die Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (trotz der Krise) zu ermöglichen, wird der ohnehin verfassungsrechtlich zweifelhafte § 8c KStG (Verlustvernichtung bei Übertragung von Beteiligungsmehrheiten) abgeschafft.

8. Die Rückzahlung der Gewerbesteuer durch die Gemeinden wird von Bund und Ländern übernommen. Es findet in den Folgejahren eine Verrechnung dergestalt statt, dass die Gemeinden die Gewerbesteuern an Bund und Länder erstatten, die nicht gezahlt worden wären, wenn der Verlustvortrag nicht mit der einmaligen Zahlung 2020/21 verrechnet worden wäre. Das heißt, die Gemeinden werden so gestellt, als würde es die besonderen Verlustrücktrags- und -vortragsregeln nicht geben.

9. Es sollte überlegt werden, ob man zur Verstärkung des Effekts die überfällige Anpassung des steuerlichen Zinssatzes für Pensionsrückstellungen auf das Handelsbilanzniveau senkt (z.B. von 6 % auf 3,5 oder 4 %) und das Verbot von Drohverlustrückstellungen in der Steuerbilanz aufhebt. In der Krise können bei langfristigen Verträgen leicht Drohverlustrückstellungen bei Unternehmen verschiedener Branchen entstehen. Durch diese Maßnahmen wird der Verlust 2020 erhöht. Auch sind Erleichterungen bei der Zinsschranke sehr empfehlenswert.

10. Wenn die steuerlichen Jahresverluste der Jahre 2020/2021 aller deutschen gewerblichen Unternehmen 200 bis 400 Mrd. Euro ausmachen sollten (gegriffene Annahme des Autors), käme auf Bund und Länder eine Zahlung von 60 - 120 Mrd. Euro zu. Dies ist ein enorm hoher Betrag. Jedoch findet nur eine gegenüber dem heutigen Recht abweichende jahresmäßige Zuordnung der Steuereffekte aufgrund von Verlusten statt. Es geht nur um eine Verschiebung, (wenn man vom Verlustuntergang aufgrund von Insolvenzen oder unter dem derzeitigen § 8c KStG bei Veräußerung von Beteiligungsmehrheiten absieht, welche gerade verhindert werden sollen.) Jetzt und nicht erst in den Folgejahren werden die Zahlungsmittel zum Erhalt der Unternehmen und der Arbeitsplätze dringend benötigt. Deshalb sollte man die negativen Steuereffekte, d.h. die Steuerrückzahlungen aufgrund von Verlustrückträgen und prospektiven Verlustvorträgen in den Jahren 2020 und 2021 eintreten lassen. Für den Haushalt sieht dies sicher nicht gut aus. Über die Jahre gerechnet ist dies aber die einzig richtige Maßnahme und führt – mehrjährig gedacht – nicht zu einer Haushaltsminderung. Deutsche verfassungsrechtliche und europäische Grenzen dürften aufgrund der besonderen Situation nicht im Wege stehen oder wären ausräumbar.

11. Nur so kann der Untergang vieler deutscher Unternehmen und eine fundamentale Schwächung vieler überlebender deutscher Unternehmen verhindert werden. So können sehr viele Arbeitsplätze gesichert werden. So wird auch verhindert, dass deutsche Unternehmen preiswerte Übernahmekandidaten für amerikanische und chinesische Investoren werden. Weiterhin wird so das Steueraufkommen in den kommenden Jahren verstärkt. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Lohnsteuer und in der Folge die Umsatzsteuer werden schneller wieder ansteigen als ohne diese Maßnahmen.

12. Das derzeitige Angebot von Krediten für große Teile der Wirtschaft stellt für viele richtigerweise nicht die Gestellung der Rettungsschirme dar, von denen immer die Rede ist. Auch sieht man in dieser Maßnahme nicht die Bazooka, von der gesprochen wird. Die hier vorgeschlagene Verlustrücktrags- und Verlustvortragserleichterung führt zur Gleichbehandlung aller Unternehmen, nur abhängig von der Höhe des Verlustes 2020 und ggf. 2021. Die Regelung dürfte unter Beihilfegesichtspunkten europarechtlich einfach darstellbar sein, da steuerliche Regeln für alle Steuerpflichtigen angepasst werden. In vielen Fällen handelt es sich um die einzige Möglichkeit, Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten. Die Haushaltsbelastung sollte ausnahmsweise 2020 und 2021 hingenommen werden können, da die deutschen und europäischen Grenzen aufgehoben sind oder werden. Da es letztlich nur um eine Verschiebung von Steuereffekten geht, steht auch nicht eine Sonderförderung von Unternehmen und Unterneh-

mern im Raum. Der 30 %ige Anteil an den Verlusten spiegelt im Übrigen wider, dass Kapitalgesellschaften ca. 30 % ihrer Gewinne versteuern müssen, dass der Staat von der Systematik her aber auch zum selben Prozentsatz an den Verlusten beteiligt ist. Die Unternehmen mit Verlusten im Jahr 2020 und ggf. 2021 haben ein Sonderopfer im Sinne der Gesundheit der Bevölkerung gebracht. Von daher ist es auch eine ethische Pflicht der Gemeinschaft und damit des Staates, diesen Unternehmen mit wirksamen Maßnahmen jetzt sofort unter die Arme zu greifen. Es ist daher angezeigt, dass Finanzmittel in Höhe von 30 % der Verluste 2020/2021 möglichst zügig den Unternehmen in den Jahren 2020/21 zugeführt werden, ohne dass Verbindlichkeiten entstehen. Das geht am einfachsten über einen extensiven Verlustrücktrag und einen einschränkungslosen Verlustvortrag, der vorfinanziert ist, wobei die Vorfinanzierung nur im Falle von Gewinnen mit Steuern verrechnet oder zurückgezahlt wird. Durch diese Maßnahme kann möglicherweise das verhindert werden, was aufgrund der Insolvenzen und der Darlehensausfälle sonst mit großer Wahrscheinlichkeit am Ende der Corona-Krise steht, eine erneute Finanzkrise.

Ich hoffe sehr, dass diese Anregungen auf positive Resonanz stoßen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Wilhelm Haarmann

Anmerkung: Der Entwurf dieses Briefes wurde dem Handelsblatt zugänglich gemacht.

Der Autor hat den Brief privat geschrieben.

Beruflich ist er Partner von McDermott Will & Emery Rechtsanwälte Steuerberater LLP, Feldbergstr. 35, 60323 Frankfurt am Main, E-Mail: WHaarmann@mwe.com Tel: +49-69-951145-0, mobil: +49-171-5117800